

Schweizerische Gesandtschaft

in
Berlin.

Berlin, den 1. Juli 1916.

W. St.

Hochgeachteter Herr Bundesrat,

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Telegramme vom 29.
v.M. und vom gestrigen Tage, sowie mein heutiges Telegramm
betreffend die Einfuhr von Kohle, Eisen, Eisenblech, Klein-
zeug und anderen Eisenwaren aus Deutschland nach der Schweiz
zu bestätigen.

Ich sprach in der Angelegenheit soeben beim zuständigen
vortragenden Rate des Auswärtigen Amtes, Wirkl. Geh. Lega-
tionsrat von Stockhammern vor.

Mit Ihnen hatte ich, da die Deutsche Antwort auf Ihr Ge-
such um Fristverlängerung noch aussteht, den Bescheid erwar-
tet, dass die Mitteilungen über die Verhinderung der Ausfuhr
dieser Waren tatsächlich in allen Teilen unbegründet seien.
Leider entnahm ich den Aeusserungen meines Gewährsmannes zu
meinem Erstaunen bald, dass ich in dieser Erwartung getäuscht
war.

Herr von Stockhammern beteuerte zunächst, dass keine Sper-
re bezüglich dieser Waren bestehe, sodann aber gab er zu, dass
Anordnung getroffen sei, mit der Bestellung von Wagen zu Trans-
porten von Eisenblech, Kleinzeug und anderen Eisenwaren zurück-
zuhalten. Die Verfügung sei - so sagte er - von den Militär-
behörden erlassen, um zu verhüten, dass im Falle es zur Sperre
komme eine Anhäufung von Wagen an der Grenze stattfinde. Dies
müsse unter allen Umständen vermieden werden. Den weiteren
Erklärungen meines Gewährsmannes zufolge ist mit Bezug auf
Kohle noch nichts verfügt. Kohlenlieferungen nach der Schweiz
können noch in bisherigem Umfange und so schnell wie bisher

An das

Schweizerische Politische Departement

Abteilung für Auswärtiges

B e r n .



vor sich gehen. Dagegen sei Vorsorge getroffen, dass nicht noch rasch mehr Kohle bezogen werden kann. In Bezug auf Eisen behielt sich Herr von Stockhammern eine Aeusserung in einer schriftlichen Mitteilung vor, die er mir für nächsten Dienstag in Aussicht stellte.

Ich gab meinem Erstaunen und meiner Bestürzung über das Verhalten der deutschen Regierung unzweideutig Ausdruck. Ich hielt meinem Gewährsmanne das Ausserordentliche vor Augen, das darin liegt, dass in einer Angelegenheit Tatsachen geschaffen werden, während ein Gesuch um Fristerstreckung schwebt. Ich wies auf die bedenkliche Wirkung hin, die dieses Vorgehen auf die Stimmung in der Schweiz haben wird.

Herr von Stockhammern führte gegenüber diesen Vorstellungen aus:

Die Schuld an dieser Lage liegt bei Frankreich, das von England scharf gemacht sein mag. Frankreich ist wortbrüchig geworden. Es liefert die Kompensationsobjekte nicht, die es versprach. Kann jemand mit Ernst verlangen, dass Deutschland gebe, während es nichts bekommt? 20 000 Menschen arbeiten in Deutschland für die Kohlenversorgung der Schweiz; ebensoviele für deren Versorgung mit Eisen, Eisenwaren, Chemikalien. Von diesen Erzeugnissen ging zudem ein Teil nach den Ländern des Vierverbandes. Das weiss man hier wohl. Man hat ein Auge zugedrückt, solange Deutschland von dort etwas bekam. Uebrigens ist die reelle schweizerische Industrie in diesen Artikeln für etwa 8 Monate eingedeckt. Diese Industrie soll nicht geschädigt werden. Wenn der Handel leidet und Konventionalstrafe zahlen muss, so ist das seine Sache. Er kannte das Risiko. Trotzdem Deutschland jetzt schon ein strenges Regime einführen könnte, wird es immer auf die Interessen der Schweiz Rücksicht nehmen, soweit dies mit den deutschen Interessen noch vereinbar ist. Mehrmals hob mein Gewährsmann hervor, dass die Massnahmen um die es sich handelt der Schweizerregierung bei

ihren Verhandlungen in Paris den besten Stand geben. Die Verschlechterung der Stimmung in der Schweiz gegenüber Deutschland fürchte er nicht, denn einerseits werde man auch im Westen derselben einzusehen beginnen, dass man Deutschland brauche, andererseits werde die Erkenntnis nicht fehlen, dass Frankreich, nicht Deutschland, die Schuld treffe.-

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, den erneuten Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte,

i.A. der Legationsrat:

Demcher.